

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl., monatl. 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl., monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl., Danzig 8 zl., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspalige Millimeterzeile 15 gr., die einspalige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakatvorrichtung und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erlaubt. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postcheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 214.

Bromberg, Sonntag den 18. September 1932.

56. Jahrg.

Ganierungsblock im Reich?

Der "Dziennik Bydgoski" läßt sich von seinem Berliner Korrespondenten am 16. September melden:

Die Nachahmung der nichtpatentierten polnischen innenpolitischen Methoden ist in Deutschland die Erscheinung, die man als interessanteste Charakteristik der gegenwärtigen Lage notieren kann. Herr von Papen will eine eigene Sanierung in der Form eines "überparteilichen Blocks" der Zusammenarbeit mit der Regierung" bilden. Diese Präsidialpartei wird zwar anfangs nicht den Charakter einer politischen Partei haben, sondern vielmehr einen Mittelpunkt bilden, der sich aus verschiedenen Persönlichkeiten, sogar anderer politischer Überzeugungen zusammensetzt, die aber von der Notwendigkeit der Existenz einer starken, sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützenden Regierung überzeugt sind. Dieser "unparteiische Block" der Zusammenarbeit mit der Regierung" des Herrn von Papen wird in sämtlichen Bezirken eigene Listen aufstellen. Eine Reihe von Persönlichkeiten, an die man sich gewandt hatte, sollen angeblich ihr Einverständnis zu der von der Regierung vorgeschlagenen Idee gegeben haben. Der nächste Schritt wird die Bildung eines Propagandakuratoriums sein, das sich mit der Popularisierung der Papenschen Idee innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft befassen soll.

*
Pilsudski und Papen — ein Vergleich! Welche Perspektiven! Welche Ähnlichkeiten und welch außerordentliche Unterschiede. Dem deutschen Kanzler könnte dieser Vergleich insoweit passen, als er ihm eine weitere Regierungszeit nicht nur von sechs Monaten (wie man orakelt), sondern von sechs Jahren garantieren würde. Pilsudski wiederum kann verlangen, daß man in der vergleichenden Betrachtung den Anfang seiner Regierungszeit beleuchtet, weil auch Herr von Papen nur die ersten Blätter seiner Kanzler-Geschichte aufgeschlagen hat und noch niemand weiß, was die anderen enthalten. Beide Männer sind jüngere Gestalten, die in ihrer Jugendzeit nach verwegene Entwürfe zu reiten wußten. Beide standen bei Übernahme der Regierungsgewalt ungefähr in gleichem Alter, beide stützten sich auf das Militär, auf die autoritäre Macht, und verachteten das Parlament. Das wären die Gemeinsamkeiten; aber der Unterschiede gibt es noch viel mehr. Polen ist nicht Deutschland, und das polnische Volk ist nicht das deutsche Volk. Außerdem sieht die Welt heute anders aus, als sie uns vor sechs Jahren erschien.

Auch das ist der Unterschied: Pilsudski benannte seinen Präsidenten, während Hindenburg erst Herrn von Papen auf den Schild erhob. Pilsudski ist sein eigener Kriegsminister und entscheidet über die Besetzung des Ministerpräsidiums. Herr von Papen hat einen Reichswehrminister neben sich, und niemand weiß, ob nicht dieser "Wille des Kabinetts" einmal einen neuen Kanzler bestellt. Vor allem aber war Pilsudski sein eigener Hitler, während Papen ihn zum starken Gegenspieler hat. Es ist also ganz anders hierzulande und drüben im Reich.

Auch der deutsche "Sanierungsblock", von dem nicht nur der "Dziennik Bydgoski", sondern auch die deutsche Presse berichtet, dürfte ganz anders aussehen. Man will keine neue Partei gründen, und man darf das auch nicht tun; denn Eugenio, die einzige parteimäßige Stütze des Kabinetts, hat sich diese Konkurrenz energisch verboten. Auch der Stahlhelm wendet sich entschieden gegen den Gedanken einer "Präsidial-Partei". Wie sollte sie auch zustande kommen! Der Stahlhelm hat sich bei früheren Wahlen genug belastet; die führenden Persönlichkeiten und Gruppen, die hinter Herrn von Papen stehen, sind entweder deutschnational oder gehören den Mittelgruppen an, mit denen niemand Staat machen kann. Auf anderen Listen lassen sich kaum Vertrauensleute des Kabinetts sammeln, selbst wenn man in der Wilhelmstraße so optimistisch sein sollte, in manchen Zentrumsführer, oder sogar in Herrn Höltermann, dem Bundesführer des Reichsbanners, und in Herrn Severing einen heimlichen Anhänger zu bestimmen.

Der Gedanke an einen deutschen B. B.-Klub ist also unsinnig, soweit er sich parlamentarisch versucht. Was in Polen durch eine geschickte Organisierung der Wahlen möglich war, ist bei der Sinnesart der Deutschen nicht denkbar. Wenn also der Reichspräsident seinen Kanzler nicht fallen läßt, wenn er nicht das von Göring und Brüning empfohlene "parlamentarische Präsidial-Kabinett" beruft, das aus Ministern des Zentrums und der Nationalsozialisten unter einem neutralen Vorsitzenden (etwa Goerdeler) bestehen würde, dann muß die Reichsleitung bei jeder Wahl eine nur unerheblich geschwächte Mehrheit gegen das Kabinett Papen in Kauf nehmen und den Reichstag immer wieder auflösen, wenn er nicht partiert.

In Polen wußte der Justizminister Gar die Verfassung in geeigneter Weise zu interpretieren, in Deutschland ist der Professor Karl Schmitt zum ersten Sachverständigen der Reichsregierung geworden. Sein Kommentar zur Reichsverfassung, der schon unter der Aera Brüning beim Leipziger Staatsgerichtshof als wichtigste Unterlage bei verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen gedient hat, legt den Art. 48 der Reichsverfassung so weit aus, daß der Reichspräsident nicht nur die sieben besonders bezeichneten, sondern alle Grundrechte der Reichsverfassung außer Kraft setzen kann, wenn Ruhe, Ordnung und Staatsautorität bedroht sind.

Eine andere Möglichkeit gibt es für Herrn von Papen nicht. Die Persönlichkeit Hindenburgs bürgt dafür, daß sich die verschleierte Diktatur nicht in eine offene verwandelt. Damit ist auch über die Empfehlung des Stahlhelms der Stab gebrochen, daß man den Reichstag völlig ausschalten solle. Wenn schon Pilsudski ohne den Schatten der Verfassung nicht auskommen will, dann kann die Reichsregierung, die sich energisch "gegen alle illegalen Störungsversuche der Staatsautorität" verwahrt, diesen Schatten noch viel weniger entbehren. Es wird ihr nur darauf ankommen, daß der Reichstag ein Schatten bleibt, damit sie weiter im Schatten der Verfassung leben kann.

Die Nation hat Wichtigeres zu tun!

Der Stahlhelm gilt seit seiner letzten großen Herrschaft in Berlin als Kerntruppe der Regierung Papen-Schleicher-Gayl. In der neuesten Ausgabe seines Bundesorgans (Nr. 87 vom 18. d. M.) gibt der Bundesvorstand folgende Erklärung bekannt:

"Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, begrüßt, daß der Reichspräsident, den Willen des Volkes erkennend, die Führung des Staates von Partei- und Sonderinteressen freigemacht hat."

Wir verlangen eine nationale Staatsführung, die sich auf sich selbst stellt, und nur eine Verantwortung dem ganzen Volke gegenüber kennt. Vierzehn Jahre haben bewiesen, daß dies heute durch Wahlen nicht zu erreichen ist. Darum Schluss mit diesem überlebten Parlamentarismus!

Wir verlangen von dieser Regierung, daß sie vorwärts marschiert. Handeln tut not, nicht reden und fragen! So wird sie das Vertrauen des ganzen Volkes erobern."

In der gleichen Ausgabe des "Stahlhelms" wird die Forderung der Bundesleitung durch die Ausführungen eines Beiträts unterstrichen, in denen es u. a. heißt:

"Während im Vordergrund der innenpolitischen Bühne sich die Parteien zu den widernatürlichsten, aber wirkungslosen Bündnissen mischen, während die bluträntigsten Gegner von gestern sich heute zu gemeinsamer Schiebung vereinen, um morgen mit dem Gegner von heute zu paktieren, während sich so dem gesamten Volke die ekelerregende Verlogenheit des Partei- und Parlamentsbetriebes offenbart, findet sich abseits der verrottenden Parteihäuser die Front derer zusammen, die einen saubereren, autoritären geführten Staat wollen, und die der Ansicht sind, daß dem Volke das Recht, gut und zielflar regiert zu werden, höher steht als das zweifelhafte Recht, sich selbst mit Hilfe von vierzig Millionen Stimmzetteln an einer G. m. b. H. von politischen Schiebern auszuliefern. Mit jedem Tage wächst diese Front in allen Schichten der Nation, die einer neuen Ordnung unseres öffentlichen Lebens das Fundament zu geben befähigt ist. Sie wird niemals parteiorganisatorisch erfaßt werden können, weil sie die Partei als das ihr feindliche Prinzip betrachten muß (weshalb

Lehrer-Verschüttungen aus Pommerellen in die Ostgebiete und umgekehrt.

In großer Aufmachung berichtete das Thorner nationaldemokratische "Słowo Pomorskie", daß mit einer Frist von einem bis zu drei Tagen 150 polnische Lehrer, die aus Pommerellen stammen und jahrelang dort tätig waren, ihre Versetzung an die polnische Ostgrenze erhalten hätten. An ihre Stellen traten Lehrer aus Kongresspolen, denen man hier — so schreibt das Thorner Blatt — das größte Misstrauen entgegenbringe.

Die "Gazeta Warszawska", ebenfalls ein Organ der Nationaldemokratie, veröffentlicht im Zusammenhang damit eine Zuschrift aus Leserkreisen, die sich mit der Lage der Lehrerschaft und den Umständen beschäftigt, unter denen die Erziehung der Schuljugend vor sich geht. Zunächst erinnert der Verfasser an eine Entschließung vom Jahre 1929, in der die Stellungnahme des Lehrerverbandes der höheren Schulen zum Ausdruck gebracht wird. Diese Resolution ist damals dem Kultusminister offiziell zur Kenntnis gebracht und in der Tagesspreche veröffentlicht worden. Es heißt dort:

"Die Überzeugung, daß die Verschüttungen der Lehrer in erster Linie aus politischen Gründen erfolgen, die Ungewissheit der weiteren Zukunft, die für die Veränderlichkeit der politischen Ansichten entscheidend ist, — alles dies verbreitet unter der Lehrerschaft Unlust zur Arbeit an der Schule, verunsichert die Individualität und unterhöhlt den Charakter. Es schafft eine Atmosphäre unter der Lehrerschaft, in der Misstrauen, Spießsturm, Intrigerei, Untermauerung, rücksichtloser Kampf um den Posten, den der Kollege einnimmt, gedeihen müssen. Schließlich wird durch den Glaube und das Vertrauen in die Unparteilich-

alles Gerede und Geraune von einer "Präsidialpartei" — gar noch unter Führung des Stahlhelms! — völker Unsinne ist, aber sie wird in praktischer, positiver Mitarbeit aller ihrer Mitglieder in Erscheinung treten, und bildet schon heute die Vertrauensgrundlage, auf der eine autoritäre, parteiungebundene Regierung arbeiten kann nach der vom Reichskanzler ausgegebenen Lösung: "Mit Hindenburg für Deutschland!"

Die Auflösung des Reichstages hat bei allen freundlichen und unfreundlichen Gegnern der Regierung die Frage nach dem Ob und Wann der Neuwahlen ausgelöst. Eine Entscheidung des Kabinetts liegt noch nicht vor. Wir möchten gerade deswegen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir die termingerechte Ausschreibung von Wahlen für einen Fehler, weil für eine überflüssige Er schwerung der bevorstehenden Umbauarbeit am deutschen Staatswesen halten würden.

Keine Neuwahl, die unter den Merkmalen der alten Parteidemagogie vor sich gehen würde, könnte dem wahren Willen des Volkes Ausdruck geben, keine Neuwahl, die in absehbarer Zeit stattfindet, könnte eine im Sinne des Parlamentarismus arbeitsfähige Mehrheit zeitigen, geschweige denn einen Reichstag, der den Notwendigkeiten der deutschen Lage Rechnung zu tragen vermöchte. Wenn etwa die Neuwahl auf den Anfang November festgesetzt werden würde, dann läßt sich schon heute mit Sicherheit sagen, daß spätestens der März 1933 dem deutschen Volk das zweifelhafte Vergnügen eines abermaligen Wahlturms bescheren würde. Weil nämlich immer wieder eine Auflösungsverordnung die parlamentarischen Hindernisse positiver Neubaarbeit würde aus dem Wege räumen müssen. Das deutsche Volk wählt sich nicht gesund, es kann sich höchstens noch frank wählen!

Beschaffungsrechtliche Paragraphenklauerei und juristische Fallstellerei interessieren uns nicht. Wenn der Vertragung der Wahlen formale Bedenken entgegenstehen, dann möge sich die Reichsregierung entschließen, sich ebenso klar außerhalb des Paragraphenzuges von Weimar stellen, wie das der Reichstag durch seinen Präsidenten am letzten Montag getan hat. Es geht jetzt nicht um das Papier der Verfassung, sondern um das Leben der Nation.

Die Nation will keine Wahlschlachten, sondern Schlachten der Arbeit. Diese Schlachten möge die Regierung durchsetzen. Dann, wenn das Werk des Umbaus und Neubaus, das sie sich vorgenommen, vollendet ist, wenn die Scheidung der Geister, die heute im Werden, vollzogen ist, mag sie sich dem Urteil des Volkes stellen, dann mag sie Wahlen ausschreiben, zu einer neuen, besseren und würdigeren Vertretung des Volkes. Der Parlamentarismus von Weimar ist tot. Lasset die Toten ihre Toten begraben.

Die Nation hat Wichtigeres zu tun!"

Rußland sagt ab.

Ges. 17. September. (PAT) Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow hat den Völkerbund wissen lassen, daß Sowjetrussland in Zukunft keine Delegierten für die von dem Völkerbunde ins Leben gerufenen technischen Kommissionen entsenden werde.

Leit der Schulbehörden erschüttert... In einer Atmospäre allgemeiner Depression, seelischer Gereiztheit und eines starken Misstrauens kann von einer einheitlichen und fruchtbildenden Arbeit keine Rede sein."

Der Gewährsmann der "Gazeta Warszawska" schreibt hierzu: Dies sind schreckliche Worte; aber sie sind nicht im geringsten übertrieben. Denn es handelt sich dabei nicht um die Ansicht eines einzelnen Beurteilers, es handelt sich hier um eine Entschließung des Verbandes der Lehrer der höheren Schulen, also einer Stelle, die in dieser Frage am zuständigsten ist..."

Der Autor fährt dann weiter fort: "Diese Worte brennen. Sie treiben einem jeden Polen die Schamröte ins Gesicht. Diese Worte müssen das Gewissen aller derjenigen wecken, die moralisch und tatsächlich dafür verantwortlich sind. Drei Jahre sind seit der Einreichung der Entschließung verlossen. Das Übel, das in jener Resolution an den Pranger gestellt wurde, ist nicht nur nicht ausgerottet worden, sondern hat sich hundertfach vermehrt..."

Der Autor spricht weiter von dem verderblichen Einfluß, den diese Übelstände auf die Seelen der Jugend haben müssen. Er findet scharfe Worte für diejenigen, die des Spiekhums und der Intrigerei fähig sind: "Schmutzige Hände und ein schmutziges Herz hat jeder, der sich mit diesen Dingen abgibt. Ein derartiger Erzieher müßte gleich dem Unkraut ausgerissen und auf den Müllhaufen geworfen werden. Und dennoch kann man oft beobachten, daß gerade diese Leute Karriere machen. Sie rühmen sich ganz offen, daß sie genaue Informationen über die einzelnen Lehrer haben."

Der Gewährsmann der "Gazeta Warszawska" schließt seine Ausführungen: "Es geht nicht an, daß die Gesellschaft darüber zur Tagesordnung übergehen kann. Handelt es sich doch um das heiligste Gut, um die Seelen der Kinder, die nur in gesunder Atmosphäre gedeihen können."

Die in dem nationaldemokratischen Organ veröffentlichte Zuschrift haben wir nur in groben Zügen wiedergegeben, immerhin aber nur in der Absicht, die zuständigen Stellen auf diese Unstädte aufmerksam zu machen. Wir haben seinerzeit an Hand einer Reihe von Dokumenten auf Grund der im Sejm und Senat gehaltenen Reden unserer deutschen parlamentarischen Vertreter bittere Klage darüber geführt, daß das Spitzelkum und die Intriganten auch unter der an den deutschen Schulen unterrichtenden Lehrerschaft die Ursache dafür gewesen seien, daß die tüchtigsten und exprobtesten Lehrkräfte entweder abgebaut oder aus unserem Gebiet an entfernte Provinzschulen versetzt worden sind.

Etappe Stresa.

Auf der Donaukonferenz in Stresa sind die Fronten lange Zeit sehr unklar gewesen. Das Schwergewicht verschob sich schon nach den ersten Tagen ganz auf die drei sogenannten Industriestaaten, Deutschland, Frankreich und Italien. Die Donaustaaaten selbst, in der Hauptsache vertreten durch den rumänischen Handelsminister Madgearu, spielten eine eher passive Rolle und warteten ab, ob die großen Länder unter sich zu einer Einigung kommen würden.

Im Laufe der letzten Woche wurde von Deutschland, Italien und Frankreich je ein umfassender Plan vorgelegt. Die Konferenzarbeit galt einem Kompromiß zwischen diesen drei Plänen. Deutschland verlangte ein Präferenzsystem, das sich auf zweiseitige Präferenzverträge aufbauen solle. Alle sogenannten Industriestaaten sollen die Einführung von Weizen, Gerste und Mais aus Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Süßslawien bevorzugt behandeln. Die Gesamteinheit aus diesen Ländern soll kontingentiert werden.

Frankreich verlangte dagegen ein sogenanntes europäisches Kollektivabkommen, dessen eigentlicher Sinn darin liegen soll, daß Deutschland im Rahmen einer solchen europäischen Vereinbarung seinen Markt ohne sichtbare Grenzeinstellung für das osteuropäische Getreide öffnen soll, während Frankreich den moralischen, später vielleicht auch den finanziellen Gewinn aus dieser Aktion davontragen hoffte.

Wie wenig gut das deutsche Zusammenspiel mit Italien vorbereitet war, ergab sich aus dem plötzlichen Hervertreten der italienischen Abordnung mit einem Plan, der zunächst mit den deutschen Vorschlägen überhaupt nicht in Einklang zu bringen war. Italien wünschte zwar ebenfalls den Abschluß bilateraler (zweiseitiger) Verträge, darüber hinaus griff es aber die französische Idee eines Fonds Commun (Sammeltopfes) auf, der von allen europäischen Staaten nach Maßgabe ihres Anteils am Welthandel gespeist werden sollte.

Die drei Pläne sind dann in der Weise auseinander abgestimmt worden, daß man es jedem Staat freistellen will, ob er seine Hilfe in der Form eines Beitrages zum Fonds Commun, oder durch Gewährung von Präferenzen leisten will. Deutschland hat jedenfalls unzweckmäßig zum Ausdruck gebracht, daß es sich an irgendwelchen finanziellen Leistungen auf keinen Fall beteiligen könnte.

Wenn man den Verhandlungsgang in Stresa kritisch überprüft, wird man in Deutschland zu dem Schlüsse kommen müssen, daß zwar gegenüber den bisherigen Donaukonferenzen ein gewisser Fortschritt erreicht ist. Frankreich hat immerhin eindeutig darauf verzichtet, daß die Tschechoslowakei eine Sonderbehandlung erfahren soll, die für Deutschland unannehmbar gewesen wäre. Über auf der anderen Seite hat sich Deutschland von vornherein damit abgefunden, daß dem sogenannten Agrarbloc ein „Industrieblock“ gegenüber tritt. Selbst wenn man zugeben will, daß tatsächlich für Deutschland in Stresa ein kleiner Spielraum vorhanden gewesen ist, muß doch betont werden, daß Deutschland grundsätzlich an der Zugehörigkeit zu einem sogenannten Industrieblock wenig Interesse hat. Für das Reich kommt es darauf an, mit den einzelnen Donaustaaaten in ein möglichst enges, direktes Austausch- und Vertragsverhältnis zu gelangen, wie es der natürlichen mittel-europäischen Produktions- und Handelsstruktur entspricht. Die deutschen Beziehungen zu den Donauländern beruhen auf ganz anderen Tatsachen wie die Beziehungen Frankreichs dorthin. Ein Industrieblock wird im Osten immer die Besorgnis imperialistischer Bestrebungen des europäischen Westens hervorrufen. Es liegt etwa auf derselben Ebene wie die Tatsache, daß an der in Bukarest durch heftige Straßendemonstrationen bekämpften Sachverständigenkommission der Liga der Nationen ein deutsches Mitglied (Dr. Kempner) beteiligt gewesen ist. Deutschland hat allen Grund, jetzt auch nur den Anschein zu vermeiden, daß zwischen dem Westen und dem Reich irgend eine Solidarität besteht. Je größer die Empörung im Südosten gegen die französischen Finanzmethoden wird, desto größer wird auf längere Sicht die deutsche Möglichkeit eines direkten Über-einkommens.

Eine endgültige Beurteilung der Ergebnisse in Stresa wird erst in der nächsten Woche möglich sein. Vorläufig hat England lebhaft Widerspruch gegen die Schaffung eines Fonds Commun angemeldet. England ist an den Verhandlungen nur insoweit interessiert, als eine Verpflichtung zu weiteren finanziellen Leistungen aus ihnen entstehen könnte. Es kann als ausgeschlossen gelten, daß England solche Leistungen übernehmen wird.

Die Agrarstaaten versuchen jetzt im letzten Stadium der Konferenz eine Auslegung der Vereinbarungen über den Fonds Commun zu erreichen, nach der auf diesem Weg auch die Zinsen und Amortisationen der Anleihen gesenkt werden können. Es ist sehr fraglich, ob man bis Mitte nächster Woche, wenn die Konferenz wegen des Beginns der Verhandlungen in Genf abgeschlossen sein muß, hier zu festen Vereinbarungen kommen wird. Es blieben unter Umständen lediglich die deutschen Präferenzvorschläge übrig. Das wäre an sich nicht das schlechteste Endergebnis.

Polen und Stresa.

Stresa, 16. September. (PAT.) Der polnische Vertreter auf der Konferenz in Stresa und Vorsitzende des Ständigen Studienausschusses des Agrarbloc, Dr. Rose, gewährte dem Korrespondenten der Polnischen Telegraphen-Agentur eine Unterredung, in der er sich zu dem deutsch-italienisch-französischen Projekt einer Steigerung der Getreidepreise folgendermaßen äußerte:

Der gemeinsame Plan der deutschen, italienischen und französischen Delegation verdient sorgfältige Beachtung. Die Gewährung von Vorzugszöllen auf Weizen, der aus den mitteleuropäischen Agrarländern ausgeführt wird, konnte insofern keine Ergebnisse zeitigen, als

Deutsche Volksbank

Bank Spółdz. z ogr. odpow. w Bydgoszczy

Telefon: 162 • 384 • 1354

Giro-Konto: Bank Polski • Bydgoszcz

Postscheck-Konto:

P. K. O. Poznań Nr. 202264

Erledigung aller Bankgeschäfte • Annahme von Spargeldern

Filialen: Chełmno Tel. 75 • Postscheck-Konto: P. K. O. Poznań Nr. 209737

Grudziądz " 249 • Giro-Konto: Bank Polski • Grudziądz, Postscheck-Konto: P. K. O. Poznań Nr. 208993

Koronowo " 48

Świecie " 82 • Postscheck-Konto: P. K. O. Poznań Nr. 212261

Wejherowo " 71 • Giro-Konto: Bank Polski • Gdynia

Wyrzysk " 31

ein bedeutender Teil des Getreides von Ländern importiert wird, die keine Getreidezölle erheben, also auch keine Vorzugszölle gewähren können. Der neue Plan führt eine Präferenzierung dieses Getreides ein. Dazu sind etwa 100 Millionen Schweizer Franken nötig, die durch Darlehen von denjenigen Staaten aufgebracht werden sollen, die keine Vorzugszölle gewähren. Dieser Vorschlag ist auch vom polnischen Standpunkt aus gesehen sehr wichtig.

Im Gegensatz zu den anderen Vorschlägen schließt er Polen nicht aus. Wenn sich dieses Projekt auch auf Polen ausdehnen ließe, so würde seine Bedeutung für Polen noch höher sein. Auf alle Fälle hat die polnische These, daß Polen aus einem mitteleuropäischen Agrarkomment nicht ausgeschlossen werden dürfe, Berücksichtigung gefunden.

Deutscher Diplomaten-Wechsel.

Berlin, 17. September. (Eigene Drahtmeldung) Wie jetzt auch vom offiziellen Berliner Conti-Bureau gemeldet wird, sollen in nächster Zeit auf den wichtigsten deutschen Auslandsposten Veränderungen vorgenommen werden. Der deutsche Botschafter in Rom, Staatssekretär a. D. von Schubert, soll zur Disposition gestellt und durch den bisherigen deutschen Gesandten in Belgrad, von Hassel, den Schwiegersohn des Großadmirals von Tirpitz, ersetzt werden. Als Nachfolger des Herrn von Hassel werden der Leiter der Kulturrabteilung im Auswärtigen Amt, Gesandter Freytag, sowie der frühere Presschef der Reichsregierung, Ritter von Kauffmann, genannt. Sollte der Gesandte Freytag nach Belgrad gehen, so dürfte sein Nachfolger im Reichsausßenministerium der bereits bisher in der Kulturrabteilung tätige Ministerialrat Terdengen, oder der Gesandte in Riga, Dr. Stiene, werden. Falls der Posten in Riga frei werden sollte, gilt der Botschaftsrat in Moskau, von Twardowski, als sein erster Anwärter.

Der langjährige Pariser Botschafter von Höesch soll Botschafter in London werden und damit einen Posten besetzen, den bisher der neue Reichsausßenminister, Freiherr von Neukath, innehatte. Es ist aber auch möglich, daß nicht Herr von Höesch, sondern der Staatssekretär von Bülow nach London berufen wird. Staatssekretär von Bülow gilt gleichzeitig als Anwärter für den Posten des deutschen Untergeneral-Sekretärs im Völkerbundrat, wo der bisherige deutsche Vertreter Dufour-Féronce am 1. Oktober abgelöst werden soll. Herr Dufour-Féronce dürfte deutscher Gesandter in Lissabon werden, während der gegenwärtig dort tätige Gesandte Horstmann zur Disposition gestellt werden soll.

Der beabsichtigte Wechsel auf dem Botschafterposten in Washington soll erst nach den Präsidentenwahlen vorgenommen werden. Als Nachfolger des bisherigen Botschafters von Prittwitz und Gaffron, über dessen weitere Verwendung noch nichts gemeldet wurde, wird der Ministerialdirektor Dr. Zehlin, dürfte an Stelle des bisherigen Gesandten Will nach Mexiko gehen. Dann wäre noch die Gesandtschaft für Brasilien zu besetzen, da für Rio de Janeiro bisher Herr Dr. Zehlin ausersehen war.

Im Vordergrund des Interesses steht die Neubesetzung des Pariser Botschafterpostens. Bisher hatte man immer davon gesprochen, daß der Reichskanzler von Papen sich dieses wichtige Amt für den Fall seines Sturzes vorbehalten habe. Jetzt ist die Ernennung des Personalreferenten im Auswärtigen Amt und früheren Gesandten in Norwegen, Roland von Koester, beschlossene Sache. Damit wird auch der wichtige Posten des Leiters der Personalabteilung im Auswärtigen Amt zur Neubesetzung frei.

Panzerteuer C.

Nachdem die Abrüstungs-Konferenz bisher keine praktischen Ergebnisse gezeigt hat, hat die Reichsregierung — wie die „D. A. B.“ aus Wilhelmshaven berichtet — jetzt der Wilhelmshavener Marinewerft den Auftrag gegeben, den Bau des Panzerschiffes „C“ in Angriff zu nehmen. Die Kiellegung erfolgt am 1. Oktober. Die Bauzeit ist auf vier Jahre veranschlagt. Die erste Rate für das Panzerschiff „C“ war in dem noch von der Regierung Brüning aufgestellten diesjährigen Marine-Hausstand eingefestzt worden. Die Regierung hatte aber die Einschränkung gemacht, den Baubeginn von den Ergebnissen der Genfer Abrüstungs-Konferenz abhängig zu machen.

Der englische Vermittler.

London, 17. September. (Eigene Drahtmeldung) Nach der „Daily Mail“ gegen die englischen Bemühungen um die Ausfindung einer Vermittlungsformel in der Frage der deutschen Gleichberechtigung weiter. In London hätten bereits Verhandlungen des Außenministers mit dem deutschen Geschäftsträger und dem französischen Botschafter stattgefunden, um die Generalklausur vorzubereiten. Sie seien durchaus herzlich verlaufen. Frankreich sei nicht abgeneigt, weiter abzurücken. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erklärt dagegen, daß die Ausarbeitung einer geeigneten Vermittlungsformel auf große Schwierigkeiten stoße. Deutschland wünsche feste Zusagen, die Frankreich nicht geben wolle.

Kein Visum für Trotski.

Prag, 17. September. (PAT) Der entthronte sowjetische Volkskommissar Leo Trotski hatte ursprünglich die Genehmigung zur Einreise nach der Tschechoslowakei erhalten, um dort eine Kur in Pilsen zu durchführen. Im letzten Augenblick wurde ihm jedoch das Visum verweigert mit der Begründung, daß Trotski die Bedingungen nicht erfüllt habe, die ihm von den tschechischen Behörden gestellt worden waren. U. a. hat es sich herausgestellt, daß Trotski im Besitz weder eines sowjetischen noch eines anderen Passes ist.

Die plötzliche Änderung der Entscheidung der Tschechoslowakischen Regierung erfolgte, wie die „Gazeta Polska“ meldet, unter dem Einfluß der tschechischen Legionäre. Dieser Verband hat gegen Trotski eine erbitterte Kampagne eröffnet, wobei an die Rolle erinnert wird, die er als Oberkommandeur der Roten Armee während des Rückzuges der tschechischen Legionäre durch Sibirien gespielt habe. Trotski hatte damals den Befehl gegeben, jeden tschechischen Legionär als Feind der russischen Revolution zu erschießen. Dem Protest der Legionäre schloß sich auch die Agrar-Partei an.

Massenverhaftungen von ukrainischen Gymnasiasten.

Einer Korrespondenz des „Ilustrowany Kurier Codzienny“ aus Lemberg zufolge soll unter den Böglingen der höheren Klassen des staatlichen Gymnasiums mit ukrainischer Unterrichtssprache in Stryj eine geheime Kampforganisation aufgedeckt worden sein, die eine Zweigstelle der früheren ukrainischen Militär-Organisation gewesen sein soll. Im Laufe des Mittwoch und Donnerstag wurden sowohl im Gymnasium als auch in den Wohnungen der Gymnasiasten Haussuchungen vorgenommen. Im Gymnasium fand man eine Bibliothek, die regelmäßig die Schüler mit illegalen ukrainischen Büchern, Broschüren und Schriften versorgt haben soll, welche im Ausland gedruckt wurden. Zahlreiche Gymnasiasten wurden verhaftet. Ihnen wird auch zur Last gelegt, alle Raubüberfälle, die in der letzten Zeit in den umliegenden Kreisen von Lemberg vorgenommen sind, verübt zu haben, um in den Besitz von Fonds zu organisatorischen Zwecken zu gelangen.

Republik Polen.

Gesandter von Moltke bleibt!

In einigen polnischen Zeitungen erschien dieser Tage die Meldung, nach welcher der Deutsche Gesandte von Moltke einen längeren Urlaub antreten werde, um auf den Warschauer Posten nicht wieder zurückzukehren. Demgegenüber stellt die halbmäthliche Iskra-Agentur fest, daß von einem kürzeren oder längeren Urlaub des Herrn von Moltke nicht die Rede sein könne und daß die damit verknüpften Kombinationen jeder Grundlage entbehren.

Polens Gesuch um Zahlungsaufschub.

Am Donnerstag abend wurde der Warschauer Presse ein amtliches Communiqué übergeben, in dem es heißt, daß die polnische Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika mitgeteilt habe, daß sie die Zahlung der am 15. 12. 1932 fälligen Rate der Staatschuld in Höhe von 1870 000 Dollar aufschieben müsse.

Diese Entscheidung der polnischen Regierung stützt sich auf Punkt 2 des am 14. Juli 1924 abgeschlossenen polnisch-amerikanischen Abkommens. Die Schuld stammt aus den sogenannten Relief-Verpflichtungen, die sich aus der Hoover-Hilfe während des polnisch-russischen Krieges und der Nachkriegszeit ergeben.

Wie wir bereits berichteten, haben auch Ostland und Westland um eine Stundung der Rate nachgesucht.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 17. September 1932.
Krakau + 2,78, Jawischowitz + 0,74, Warshaw + 0,58, Bloc + 0,37, Thorn + 0,20, Bordon + 0,28, Culm + 0,12, Grauden + 0,22, Kurzbruck + 0,48, Bielitz - 0,29, Dirschau - 0,40, Einlage + 2,34, Sławkowice + 2,56.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 17. September.

Noch heiter und warm.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Fortdauer des beständigen heiteren und warmen Wetters an.

Unter Gott.

Die Josephsgeschichte des ersten Buches Mosis endet mit dem Begräbnis Isaaks in der Heimaterde, der Rückkehr Josephs und seiner Brüder nach Ägypten und Josephs Tode (1. Mose 50). Da hören wir aus seinem Mund noch ein Wort, das als Überschrift seines ganzen so bewegten Lebens gelten kann: Fürchtet euch nicht, denn ich bin unter Gott. Seine Brüder brauchen seine Rache nicht zu fürchten. Gott hat ihn so wunderbar geführt, daß, was sie gedachten, böse zu machen, gut geworden war. Da hat er es gelernt, sich unter Gott zu stellen. Ein Mensch unter Gott sein, das ist doch das Geheimnis jedes rechten Lebens. Solche Menschen kann Gott brauchen, durch sie Großes auszurichten auf Erden. In Leipzig feiert man in diesen Tagen die Hundertjahrfeier des Gustav Adolf-Vereins und mit ihr das Gedächtnis des großen Schwedenkönigs, dessen Namen er trägt und dessen Todestag am 6. November sich zum 300. Male jähren wird. Das war ein Mann unter Gott. Sonst wäre nicht aus seinem Grabe solche Frucht gewachsen. Über wir brauchen nicht nur auf solche Männer zu sehen, die auf den Höhen des Lebens wandeln. Jeder von uns soll nur sein Leben in allen seinen wunderlichen und krausen Führungen prüfen und er wird befennen müssen, daß in dem alten Gottes Hand war. Wir stehen allzumal unter Gottes Hand. Aber stellen wir uns auch im Gehorsam unter sie, wollen wir weiter nichts sein, als Werkzeuge in seiner Hand, dann kann er mit uns machen, was ihm beliebt, wir dürfen gewiß sein, daß über allen unseren Wegen stehen wird: Wunderanfang, herrlich Ende! Wir werden erfahren dürfen, was das Lied sagt: Die Wege sind oft krumm und doch gerad, darauf du läßt die Deinen zu dir gehen. da pflegt's oft wunderselbst auszusehen, doch triumphiert zuletzt dein hoher Rat.

D. Blau - Posen.

Klavierabend Stanislaw Lewiński.

Der junge Bromberger Pianist Stanislaw Lewiński zählt zu den Musikern, die der Wille nach einer Geltung beseelt, die über die lokale Bedeutung hinausgeht. Er bringt hierzu manche grundsätzlich günstigen Voraussetzungen mit, die in der technischen Beherrschung der Darbietungen zunächst den sichtbarsten Ausdruck finden. Hier offenbart sich eine gebiegene Grundlage, die mit Fleiß und mit einer Neigung zum Virtuosen erworben wurde.

Dort, wo die musikalische Note noch nicht die äußerste Spannkraft erreicht, weiß Bewußtsein Klavierspiel zu fesseln. Die impressionistischen Augenblicksbilder eines Debussys liegen seiner Welt heute noch am nächsten. Die in den Tönen gesetzten Miniaturlieder des Franzosen, das unablässige Hinüberschweifen aus einer Stimmung in die andere, Klangfarben und Detailzeichnungen sind für Lewiński starke Ausdrucksmitte. Er hat daher in seinem Abend-Programm fast nur Dinge der musikalischen "Klein Kunst" gehoben und vermied alle Wege, die zum Paradies der Musik führen. Chopins G-moll Scherzo zeigte (wenigstens an diesem Abend) die Grenzen des Ausdrucksvermögens, die Gestaltung der Gedanken, die Steigerungen bis zum Packenden, die gerade in diesem Werke Chopins so nahe liegen, wollte man nicht gern missen. Dem Forte fehlte (was die klangliche Seite anbelangt) das männlich Bestimme und Tragfähige. Die beiden Etüden und die C-dur Mazurka hingegen wurden überaus locker und technisch sauber gespielt. Das Cis-moll Nocturne im Chopinschen Geiste hätte gesanglich differenzierter sein müssen.

Die Grundnote des jungen Pianisten besteht heute noch in der Freude am rein Manuellen, es sind aber bereits Ansätze zur musikalischen Vertiefung vorhanden. Die beiden musikalisch allerdings recht überlebt anmutenden Rhapsodien Nr. 11 und 12 von Liszt erfuhrn eine bravoureuse Wiedergabe. Die von Laufstig wenig erfreulich bearbeiteten Scarlatti-Klavierwerke (ursprünglich für Cembalo geschrieben) können nur als eine Verbeugung vor dem Schaffen der alten Meister gewertet werden.

Der Entwicklung des jungen Pianisten muß man mit Interesse entgegen sehen, insbesondere, wenn er den Weg zur inneren Musik (bei einer beachtlichen Technik) findet. Das Publikum erzwang durch reichen Beifall einige Zugaben.

A. S.

Die Eifersucht ist eine Leidenschaft.

Mordversuch und Brandstiftung wegen verschämter Liebe.

Bei dem Besitzer Karl Brandt in Deutschwalde, Kreis Iowroclaw, war als Dienstmädchen die 29jährige Emma Sonnenberg beschäftigt. Sie war fleißig und ehrlich, so daß ihr Arbeitgeber mit ihr sehr zufrieden war. Nichts hätte vielleicht das Arbeitsverhältnis getrübt, wenn das Mädchen sich nicht in den Sohn des Landwirts, den 25jährigen Max B. verliebt hätte. Sie fand bei dem jungen Mann jedoch keine Gegenliebe, zumal er bereits mit einer Landwirtstochter, der 24jährigen Marie Lange, verlobt war. Als das Mädchen sah, daß ihre Liebe aussichtslos war, bemächtigte sich ihrer gegen die beiden jungen Verlobten eine grenzenlose Eifersucht. Erfüllt von dieser Eifersucht, reiste in der Seele des Mädchens langsam ein furchtbare Plan. Um eine Eheverbindung zwischen den beiden Verlobten zu verhindern, beschloß sie, nicht nur ihre Arbeitgeber zu vernichten, sondern auch ihre verhaftete Rivalin aus dem Wege zu räumen. Am 29. April d. J., als sich im Hause bereits alles zur Ruhe gegeben hatte, verließ sie heimlich ihr Zimmer, ging in die mit Getreide voll angefüllte Scheune und setzte sie in Brand. Dann eilte sie mit einem starken Knüppel bewaffnet, zu dem etwa 200 Meter entfernten Gehöft des Besitzers Lange. Dort klopfte sie an das Fenster der Stube, in der Marie Lange schlief, weckte diese und mit den Worten: "Marie komm' schnell, bei Brandts ist ein Feuer ausgebrochen", lockte sie das Mädchen aus dem Hause. Als beide nun der Brandstelle zuwollten, fiel die S. unterwegs über die nichtsahnende Ver-

lobte her und begann mit dem Knüppel wie eine Furie auf sie einzuschlagen. Sie warf sie zu Boden, ergriff sie bei den Haaren und versuchte schließlich, sie im Sande zu ersticken. Mit dem Aufgebot ihrer letzten Kräfte gelang es schließlich der S. sich aus den Händen der Rasenden zu befreien und nach Hause zu eilen. Die ihrer Sinne nicht mehr mächtige S. verfolgte das fliehende Mädchen noch bis ans Haus, dann lehrte sie zur Brandstelle zurück. Durch das Feuer, das die Scheune und einen Stall vollständig vernichtete, hatte B. einen Schaden von 12 000 Zloty erlitten, der jedoch teilweise durch Versicherung gedeckt war.

Wegen dieser Brandstiftung und des versuchten Mordes hatte sich die S. nun vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Die Angeklagte, eine kräftig gebaute Frau, ist geständig. Sie gibt an, daß sie die Tat aus Rache für ihre verschämte Liebe begangen habe. Die Frage des Vorsitzenden, ob sie denn tatsächlich die Absicht gehabt habe, die Marie B. zu ermorden, verneinte sie. Ebenso verneinte sie die Frage, ob Max B. ihr denn irgendwelche Versprechungen gemacht habe. Marie B., die sich inzwischen mit dem jungen B. verheiratet hat, schilderte den Vorfall an jenem Tage wie oben bereits angeführt, fügt jedoch noch hinzu, daß sie mit der Angeklagten stets freundlich umgegangen sei. Nach Schluss der Beweisaufnahme verurteilte das Gericht die Angeklagte dem Antrag des Staatsanwalts gemäß zu drei Jahren Gefängnis. Das Gericht habe die Angeklagte, wie es in der Urteilsbegründung heißt, nur wegen Brandstiftung schuldig erkannt. Ein Mordversuch konnte der Angeklagten nicht nachgewiesen werden.

Lobt man mich, weil ich was Dummes gemacht,
dann mir das Herz im Leibe lacht;
schilt man mich, weil ich was Gutes getan,
so nehm ich's gemächlich an.
Schlägt mich ein Mächtiger, daß es schmerzt;
so tu ich, als hätt' er nur gescherzt;
doch ist es einer von meinesgleichen,
den weiß ich wacker durchzustreichen.

J. W. von Goethe.

Conditorei GREY Feinbäckerei
Nur erste Qualitätsware
bei zeitgemäßen Preisen!
Frühstücksgesäß (Tel. 2212) frei Haus 7634

§ Zu einer wütenden Schlägerei kam es gestern mittag um 12 Uhr in dem Vorraum des Kinos "Marysienda". Wahrscheinlich wegen einer finanziellen Angelegenheit kam es zwischen den Besitzern des Kinos zu einem Streit, in den auch einige Frauen eingriffen. Es entstand eine wütende Schlägerei, aus der sämtliche Beteiligten blutend hervorgingen. Vor dem Kino hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die das ungewöhnliche Schauspiel verfolgte. Erst die herbeigerufene Polizei konnte dem wütenden Treiben ein Ende bereiten und die Menge zum Auseinandergehen bewegen. Die einzelnen Parteien wurden stark blutend in Autos nach Hause geschafft.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

R.-C. Frühjahr. Morgen, Sonntag, 2.15 Uhr, große Clubregatta (Biel: Hafenschleuse Brahemünde). Abfahrt des Omnibusses vom Clubhaus pünktlich 1.30 Uhr. (7630)

Christuskirchenchor. Wiederbeg. d. üblichen Montag abd. 8 Uhr. (7641)

Deutscher Tennis-Club. Während des Jugendturniers am 18. 9. von 4 Uhr nachmittags gem. Kaffeetafel a. d. Terrasse des Clubhauses. (7640)

Bücherfest der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft. Bestimmungen in der Bücherausgabe siehe im heutigen Inseraten Teil. (7593)

Sologesang-Evangelisation des früheren Opernsängers Biunamagi Sonntag nachm. 5 Uhr im Saale Marcinkowskiego (Fischerstr.) 3. Federmann willkommen! (Näheres siehe Anzeige.) (8578)

Handwerker-Frauenvereinigung. Mitgliederausammenkunft Montag, den 19. d. M., bei Wille, 6. Schleuse, 8 Uhr. (7609)

Gesäßglockenverein. Autobusfahrt nach Rogasen am 26. 9. 32, vorm. 10 Uhr. Anmeldung bei Herrn Libelta, Kozielna 1. (8694)

□ Erone (Koronowo), 16. September. Auf dem heute abgehaltenen Jahrmarkt brachten Arbeitspferde 200 bis 300 Zloty, schlechtere alte Pferde 80-200 Zloty, hochtragende, junge Milchkühe 150-200 Zloty, abgemolken, ältere Kühe 80-140 Zloty. Der Auftrieb war bei Pferden und Kindern nur gering, der Umsatz ziemlich rege. Mastschweine kosteten 50-62 Zloty der Bentner. Für Absatzferkel zahlte man 30-42 Zloty das Paar. — Auf dem Wochenmarkt kostete Butter anfangs 1,40, später 1,60 Zloty das Pfund, Eier 1,20-1,40 die Mandel, Kartoffeln 1,80-2,20 der Bentner.

ex Erin (Krynica), 16. September. Zu dem Überfall auf den Landwirt Brzezynski aus Herzberg ist weiter zu berichten, daß ein Verwandter des B. der Tat verdächtig am Mittwoch verhaftet und nach Schubin gebracht wurde.

In Gurkingen wurden dem Landwirt Steuk ein Bienenstock, dem Landwirt Klingenhagen ebenfalls ein Bienenstock und dem Landwirt Mrow fünf Bienenstöcke gestohlen. — Einbrecher stahlen dem Landwirt Frank in Schmiedeberg Kleidungsstücke. Bei dem Wirt Heidul, ebenfalls in Schmiedeberg, wollten wahrscheinlich die gleichen Täter einbringen, wurden aber vertrieben. — Dem Pächter Bok aus Dobischewo wurden ein Pelz und 5 Hühner entwendet.

q Gniezen (Gniezno), 16. September. Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem Schulhofe der Fortbildungsschule in Gniezen. Schülern der 5. Klasse waren mit Kugelstossen beschäftigt. Als der Schüler Kempa warf, slog das 5 Pfund schwere Gewicht etwas seitlich und traf den Mitschüler Leon Koperski an den Kopf. Koperski brach sofort ohnmächtig zusammen. Das Sanitätsauto der Gniezener Krankenkasse brachte ihn in das Städtische Krankenhaus, wo er in sehr bedenklichem Zustande darniedlerlag. — Verunglückt ist das Personenauto der Gniezener Krankenkasse auf der Witkowor Chaussee. Aus noch unbekannter Ursache überschlug sich der Wagen, der vollständig zertrümmer wurde. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

□ Posen (Poznań), 15. September. In der gestrigen ersten Stadtverordnetenversammlung nach den Sommerferien nahmen die Stadtväter mit stark gemischten Gefühlen von der Mitteilung des stellvertretenden Vorstandes Wybierski Kenntnis, daß dem Protest der städtischen Körperschaften gegen die Nichtbestätigung des Stadthaushaltspolans durch die Wojewodschaft vom Innenministerium nicht stattgegeben worden ist, und daß demnach eine nochmäßige Beratung des städtischen Stats zu erfolgen hat. Darauf ehrte man den Tod des Europasiegers Zwirko und des Ingenieurs Wigura durch Erheben von den Plänen. Stadtv. Adamek kritisierte scharf das mangelhafte Straßenpflaster von der Wallstraße bis zur Chrobrybrücke und empfahl, daß den Polizeibeamten auch die Benutzung der Autobusse der Straßenbahn gestattet werden möchte. Es folgte eine eingehende Auseinandersetzung über die bevorstehende Wiedereröffnung des Großen Theaters. Das Theater soll für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis zum 31. März 1933 dem Direktor Wojsciechowski kostenlos überlassen werden. Ausgenommen sind die Sonntage und zwei Donnerstage im Monat, an denen das Theater zur Veranstaltung von Sinfoniekonzerten vorbehalten bleibt. Von der Gage des Sinfonieorchesters trägt der Theaterdirektor ein Fünftel, erhält aber vom Magistrat eine Monatsunterstützung von 4200 Zloty zur Deckung der Licht- und Wasserkosten. Die Versammlung gab zu diesem Vertrag mit einigen unwesentlichen Abänderungen bezw. Ergänzungen ihre Zustimmung.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Miron Strzelecki; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teile: Marian Herk; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich "Der Hausfreund" Nr. 214

Heute: "Illustrierte Weltchau" Nr. 38.

Landesgenossenschaftsbank

Bank Spółdzielczy z ograniczoną odpowiedzialnością Poznań
(früher: Genossenschaftsbank Poznań)

Oddział w Bydgoszczy, ul. Gdańska 16

Telefon 291, 374, 373.
Drahtanschrift: Raiffeisen.

Postscheckkonto Poznań Nr. 200182.
Girokonto: Bank Polski, Bydgoszcz.

Eigenes Vermögen 6.300.000.— zł. | Haftsumme rund 10.700.000.— zł.

Annahme von Spareinlagen gegen bestmögliche Verzinsung.

Laufende Rechnung. Scheckverkehr. An- und Verkauf und Verwaltung von Wertpapieren.

Bank-Inkassi. An- und Verkauf von Sorten und Devisen. **Vermietung von Safes.**

EINKOMMENSTEUER

Ratschläge in Beantwortung der Rückfragen erteilt sachgemäß. Auch alle anderen Steuerangelegenheiten wie Interventionen gegen Exekution, Berufungen usw. werden sorgfältig erledigt. Übernimmt die Anlegung u. Führung von Handelsbüchern.

I N F O R M A T O R
Jagiellońska 12 BYDGOSZCZ Jagiellońska 12
K. Gruchała, früher. Steuersekretär des Finanzamts Bydgoszcz
Kreis-Kontr. des I. Finanzamts Bydgoszcz im Ruhestand. 3606

Rettung für Hautkranke!

Hautcreme „Heilwunder“ Danziger Patent Nr. 1919. Einzigartiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner Eigenschaften selbst in verzweifelten Fällen bei sämtlich. Flechten, auch Bartflechte, offenen Beinschäden, Ekzeme, Pickel, Ausschläge aller Art, Gesichts- und Nasenröhre, Frostschäden usw. Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück! Preis 8,60 zł. Versand per Nachnahme, bei Voreinsendung des Betrages portofrei. Bei Bestellung Zweckangabe erbeten. Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin“
Danzig - (Gdańsk), Hundegasse 43. Bitte ausschneiden und aufbewahren!

STOFFE!

in nur la Qualitäten zu billigsten Tagespreisen für Damen-Kostüme u. Mäntel, Krimmer und Plüsche für Damenjacken in allen Pelzarten

Stoffe für Herren - Anzüge Paletots :: Ulster

Juppen, Pelzbezüge, Beinkleider, imprägnierten Loden, Forst- u. Wagentuche in größter Auswahl kaufen Sie am vorfeilhaftesten in dem ältesten Spezial-Tuchhaus

A. Kutschke Inh. Fritz Steinborn

Bydgoszcz, Gdańsk 3. Telefon 1101. Gegründet 1895.

Den evangelischen Kirchenlassen u. Pfarrämtern

empfehlen wir uns zum Bezug der den Vorschriften entsprechend hergestellten Formulare

Auszug aus dem Geburts- und Tauf-Register

Bestell-Nummer Pf 23a)

zum Preise von 1,- für 100 Stück

Der tollkühnste Offizier des Weltkrieges

und Ersterstürmer des berüchtigten Forts Douaumont bei Verdun

Leutnant (Ingenieur) Eugen Radtke, der am 25. Februar 1916 diesen unheimlichsten Konzentrationspunkt des Schreckens und Verderbens als Erster erstürmte, schreibt über das Buch:

7388

Wiedersehen im Westen

(Das heutige Aussehen der Schlachtfelder in Belgien und Frankreich) von Artur Pankratz, Bromberg

Das Buch „Wiedersehen im Westen“ habe ich mit Interesse gelesen. Das Buch schildert — ohne zu beschönigen — die Front so, wie sie heute ist, und gesehen mit dem Auge des Frontkämpfers, der das Grauen kennen gelernt hat. Erschüttert und doch stolz auf Deutschlands unvergängliche Leistungen im Weltkriege habe ich die damaligen Ereignisse nochmals vorüberziehen lassen.

Weltliche Gutachten:

Der „Oberschlesische Kurier“ in Königshütte:

„... ein ausführlicher Bericht über das Aussehen der alten Front.“

„... ein fesselnd geschriebenes Buch.“

Die „Deutsche Schulzeitung in Polen“:

„... es gab bisher kein Buch, das diesem ähnlich wäre!“ „Einfacher und zugleich überwältigender, sachlicher und zugleich ergreifender konnte das Wiedersehen mit den Schauplätzen des heldenhaften Ringens im Westen nicht geschildert werden.“ „Niemand wird es ohne tiefe Erschütterung lesen.“

Der „Dziennik Bydgoski“ in Bromberg:

„ein außergewöhnlich gutes Buch.“

„Auch wir können das interessante Buch nicht totschweigen.“

Universitätspf. Dr. Bujwid im Krakauer „Pola Esperantisto“:

„Der Verfasser schreibt mit einer Realität, die das Blut des Lesers erstarren macht.“ „... wert, ins Esperanto zu übersetzen.“

Der Vlamen-Führer Schriftstell. Jan van Schoor (Antwerpen):

„Ich kann meine Bewunderung über die treffende und herzbewegende Schilderung der Schlachtfelder nicht verhehlen.“

Das Buch kann durch alle Buchhandlungen, durch die „Volkszeitung“ in Bydgoszcz und durch den

Verlag W. Johnes Buchhandlung in Bydgoszcz (Polen) bezogen werden. Preis broschiert: 4,20 zł (Porto 25 gr), gebunden 6,75 zł (Porto 50 gr).

Treibriemen

ÖLE
FETTE



TECHNISCHE ARTIKEL

OTTO WIESE
BYDGOSZCZ

Dworcowa 62 - Telefon: 459

7109



„Kosmos“ Creme u. Seife

beseitigt unter Garantie Sommersprossen, gelbe Flecke, Pickeln, Flechten, sowie alle Hautunreinigkeiten. Macht erstaunlich weiche, weiße Haut, gibt blühendes, rosiges und frisches Aussehen.

6946

Creme 2,50 u. 4,50, Seife 1,50, zu haben nur in der Drogerie „Kosmos“ Parfümerie J. Gluma, Dworcowa 55.

Bielitzer Stoffe sind die besten!

Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantelstoffen können Sie sich direkt aus Bielitz besorgen. Ich liefere garantiiert erstklassigste Bielitzer Qualitäten in den modernsten Mustern zu günstigen Preisen. Verlangen Sie vollkommen unverbindlich und kostenlos (selbst Rückporto führe ich bei) meine neue Musterkollektion. Außerst solide Bedienung.

Fa. Wiktor Thomke 7062
wyrób i sklep sukna, Bielsko-Kamienica



Schlaak & Dąbrowski

Sp. z o. p.

Bydgoszcz, ul. Bernardyńska 4
liefern

Oberschles. Stein-Kohle Hüttenkoks, Briketts

in prima Qualität
waggonweise und in kleineren Mengen
aus den Gruben des Koncerns Robur' Katowice

7436

Tel. 150 u. 830.

Wir sind Räuber von Fabrikkartoffeln

LESS & MEISER

Sp. z o. p.

7602

Dworcowa 100 Tel. 282 u. 283

Dem geehrten Publikum von Grudziądz und Umgegend
zur gefl. Kenntnis, daß am 22. v. Mts. in

Grudziądz, Toruńska 16, l. Trp., eine

Spezial-Kürschnarwerkstatt

unter Leitung von

Blaustein aus Bydgoszcz

eröffnet wurde. Erstklassige, streng fachmännische Ausführung. Gute Bedienung. Äußerst mäßige Preise.

Holzwolle

in Ballen, liefert
Eryk Dietrich,
Bydgoszcz
Gdańska 78, Tel. 782

7320

Boržiglich Mittagstisch
außergewöhnlich billig

Ura. Emila Warmiński-
kiego 10, 2 Dr.

3552

Teleg ram m!
Rückföhrtlich renoviert:
„Pomorzanka“

reinigt hem. Garderobe
am billigst. u. schnellst. in

Bydgoszcz, 3 Dunn 23. 3624

Gebr. Ziegler, Rafał,

Telefon 72. 6904

Saatgetreide

Petkuser Roggen I. und II. Absaat

Weizen

v. Stiegler 22, Original u. I. Absaat anerkannt
Hildebrandt Weiß Weizen B. I. und II. Absaat
anerkannt.

Preise bei Original 50%, bei Absaat 35% über höchste
Posener Börsennotiz.

Saatgutwirtschaft Lisnowo-zamek
pow. Grudziądz.

Wer keine Wohnung hat,
miet, bill., ungeziefert.

Empfehlung prima

Gebäude, Gasse 723
S. Liebenau,
Hütte

3619

zum Einstellen von
Wölbelt bei
Bodle, Gdańsk 76.

3526

Rabinen

Steinlohole

Gebäude, Gasse 723

S. Liebenau,
Hütte

3619

Wie es kam.

Die Bayerische Volkspartei zum 12. September.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei teilt mit:

Der Reichstag ist in diesem Frühjahr aufgelöst worden mit der Begründung, daß er dem geänderten Volkswillen nicht mehr entspreche. Der am 31. Juli neu gewählte Reichstag, der diesen Volkswillen bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent zum Ausdruck brachte, sollte nun zum zweiten Male aufgelöst und von der gleichen Regierung in seiner Stellungnahme zu dieser Regierung und ihren Notverordnungen ausgeschaltet werden. Eine solche Behandlung stellte nicht bloß eine Verleugnung des Ziels dar, das die Regierung bei der Überarbeitung von Neuwahlen angeblich erreichen wollte, sondern ist eine solche Brüderlichkeit der neu gewählten Volksvertretung und damit des Volkes selbst, daß die Reaktion dagegen in der Weise wie sie in der Abstimmung zum Ausdruck kam, geradezu eine Selbstverständlichkeit war.

Auch wir hielten es für unsere Pflicht, gegen eine solche Mißachtung des Reichstags, eine solche Unterdrückung des Volkswillens, den man zunächst angerufen hatte, in der Sitzung vom 12. September schärfstens Stellung zu nehmen.

Der Reichskanzler brachte schon zu Beginn der Sitzung den Willen, die mißliebige Volksvertretung sofort aufzulösen, deutlich zum Ausdruck, obwohl der Herr Reichspräsident bei der Besprechung mit dem Reichstagspräsidium sich dessen Wunsche, zum Zwecke einer Verständigung eine Besprechung mit den Fraktionsführern herbeizuführen, nicht abgeneigt gezeigt hatte.

Entgegen dieser durchaus verfassungsmäßigen Einstellung des Reichspräsidenten hat der Reichskanzler den Versuch gemacht, zwar selbst im Reichstage zu Worte zu kommen, die Kündgabe der Willensmeinung der Volksvertretung aber dann durch sofortige Auflösung zu unterbinden.

Als dann der Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, sich bereit erklärte, durch Antrag auf die Absehung der kommunistischen Misstrauens- und Aufhebungsanträge eine Verhandlungsbasis wiederherzustellen, wurde aus den Kreisen der Regierung selbst bekannt, daß der Kanzler trotzdem bei Wiedereröffnung der Sitzung sofort zur Auflösung schreiten werde.

Die Selbstachtung der Volksvertretung erforderte es, dieser schroffen Herausforderung des Reichstages durch sofortige Abstimmung über den Misstrauensantrag, mit dem der Aufhebungsantrag verbunden war, zu begegnen. Die Parteien waren geschäftsordnungsmäßig nicht mehr in der Lage, selbst einen Misstrauensantrag einzubringen, so daß nur der bereits vorliegende kommunistische Antrag zur Abstimmung gelangen konnte. Diese Tatsache, daß von den Mehrheitsparteien des Reichstags weder Misstrauens- anträge noch Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vorlagen, widerlegte schlagend die in der Aufhebungsordner gegebene Begründung, daß die Gefahr bestünde, daß der Reichstag die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September verlange.

Der gewaltsame Versuch der Regierung, die Volksvertretung mundtot und damit das Volk einer Herrenkaste gegenüber rechtfertig zu machen, hat zu dem ungewöhnlichen Vorgang geführt, daß der Reichstagspräsident dem Überraschungsversuch der Regierung durch sofortige, den Kanzler selbst überraschende Einleitung der Abstimmung zuvorkam.

Nach Einleitung der Abstimmung konnte und durfte er nach der Geschäftsordnung niemand mehr das Wort erhalten, auch nicht dem Reichskanzler, als es dieser zu spät verlangte.

In der Abstimmung wurde der Regierung von Papen mit 518 gegen 42 Stimmen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei bei fünf Stimmenthaltungen eine geradezu vernichtende Ablehnung ausgesprochen.

Damit hat sich das deutsche Volk in seiner Vertretung gegen die verfassungswidrigen Experimente der Regierung von Papen mit einer Deutlichkeit gewandt, die von der Regierung selbst und der dünnen Oberschicht überhört wird, die in Wahrheit sehr selbstsüchtiger Interessen hinter ihr steht und die politisch durch den sehr kleinen Kreis um Eugenberg repräsentiert wird.

Das amtliche Stenogramm über die Reichstagsitzung,

in der die Auflösung aufstande kam, liegt jetzt vor. Es verzeichnet unmittelbar nach dem Ende der Sitzungspause, die auf Antrag des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Torgler eingelebt worden war, also für die entscheidenden Minuten, folgende Feststellungen:

Präsident Göring: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Nachdem sich vorhin kein Widerspruch gegen die neue Tagesordnung geltend gemacht hat, kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Anträge Torgler. Wir stimmen ab.

(Abgeordneter Torgler: Namentlich, Herr Präsident!)

Die Abstimmung ist namentlich.

(Anhänger große Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe. — Wer positiv für die Anträge Torgler abstimmt, gibt eine Karte mit Ja ab, wer dagegen stimmt, eine Karte mit Nein. Die Abstimmung hat begonnen. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten. — Andauernde große Unruhe.)

Reichskanzler von Papen legt auf den Präsidententisch ein Schriftstück nieder und verläßt mit den Mitgliedern der Reichsregierung den Saal. — Rufe von den Kommunisten: Nieder! — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Abstimmung durchführen. Wir waren bereits in der Abstimmung. Ich muß zuerst die Abstimmung durchführen, bevor ich andere Maßnahmen treffen kann. (Große Unruhe und Burfe.)

Meine Damen und Herren! Damit kein Irrtum obwaltet: Ihre beiden Anträge Nr. 118 und 119, Herr Torgler, waren doch zur gemeinsamen Abstimmung gestellt? (Bestimmung.)

Deutsche Lehre.

Der Warschauer "Gazeta Polska" (Nr. 255 vom 14. d. M.), dem führenden Organ des polnischen Regierungsblocks, entnehmen wir folgende Betrachtung, zu der wir selbst keine Stellung nehmen wollen:

Im deutschen Spiel liegen alle Trümpfe der Taktik auf Hitlers Seite. Er war nie an der Macht — er hat keine Sünden der Vergangenheit, wohin er blickt, findet er nichts als Unzufriedenheit, die nach dem Kriege viel Explosivstoff anhäuft, mit welchem es ihm ein Leichtes zu sein scheint, die bestehenden Formen zu zertrümmern. In bunten Farben malt er ein Bild des Glückes, der Gerechtigkeit in einem prächtigen Paradies der Zukunft. Er hat ein gedrucktes Programm — nach Paragraphen und Absäßen eingeteilt, mit Artikeln und Zusätzen. Er hat augenblicklich überall Verbündete. Zu ihnen zählen selbst die Kommunisten, weil seine erste taktische Aufgabe im Berüppen liegt. Warum verspielt er? Und wer widersteht sich ihm?

Hitler steht heute der alte Hindenburg gegenüber. Er besitzt keine Partei, im Parlament fand er klägliche 50 Stimmen. Er hat kein "Programm": von Papen kleistert in aller Eile praktische Vorbeugungsmaßnahmen für heute und für morgen zusammen. Er besitzt keine Taktik — die Bewegungen des alten Feldmarschalls sind erschreckend einfach, ungeschickt, wenn es heißt, mit den Massen schontur. Wer steht an der Seite des alten Feldmarschalls und sächelt ihm mit bis dahin siegreichen Flügeln zu?

Ist eine Politik schöpferisch, dann muß sie bestimmte Voraussetzungen zur Einreichung der menschlichen Kräfte in den Arbeitsprozeß haben. Der letzte Inhalt jeder Politik besteht in dem Werte, welchen sie aus menschlichen Händen und Gehirnen herauszubringen vermögt, welche Früchte aus den menschlichen Kräften herauszuziehen sind, und was sie der Zukunft als Fundament hinterläßt, auf dem diese Zukunft wird aufbauen müssen und können.

Der Geist jeder Politik liegt daher in einer bestimmten Vision von der Welt und einer Vision von der Zukunft. Nicht die Regungen der Massen, nicht die Bedürfnisse und Wünsche, die von unten nach oben drängen, nicht die stets bewegliche und jeder Form bare Stimmung der Volksmassen, sondern die eigene und schöpferische Vorstellung der Welt kann diesen Geist formen. Eine wirkliche Politik spannt alle Leidenschaften der Menschen ein, die aus den persönlichen menschlichen Schicksalen hervorgehen, wie gesittige Pferde vor den großen Wagen der Zukunft. Die Vision einer in bestimmter Form erbauten Welt war das Römische Imperium. Bis dahin die mächtigste Vision, die die Welt umgebaut hat, war das Christentum, und über unser eigenes Land, das jetzt ruhig unter den Matten schläft, galoppierten einst auf östlichen muslimischen Pferden die Konzeptionen der menschlichen Organisation, marschierte in der napoleonischen Kleidung die große französische Revolution, und mit Brandfackeln zeichnete ihren Weg hin und zurück die marxistische Menschheits-Theorie. Die gleichen Leidenschaften und die gleichen menschlichen Sehnsüchte waren tätig, wenn es heißt, jede dieser Visionen zu verwirklichen.

Also wird gleichzeitig über das Misstrauensvotum auf Nr. 44 mit abgestimmt. (Die Abgabe und Einsammlung der Stimmkarten erfolgt.)

Meine Herren, ich bitte, auch während der Abstimmung die Ruhe zu bewahren, damit die Abstimmung rasch durchgeführt werden kann.

Abgeordnete, die ihre Karte noch nicht abgegeben haben, bitte ich das hier nachzuholen.

Die Abstimmung ist geschlossen.

(Das Ergebnis wird ermittelt.)

Meine Damen und Herren! Ich verkünde das Ergebnis der namentlichen Abstimmung. Es wurde abgestimmt über die verbundenen beiden Anträge, die Notverordnungen aufzuheben, sowie dem Gesamtministerium von Papen das Misstrauensvotum auszusprechen."

Der stenographische Bericht verzeichnet dann die Mitteilung des Abstimmungsergebnisses, sowie alle übrigen bekannten Ausführungen des Präsidenten bis zur Schließung der Sitzung. Aus einer Anlage ist in der üblichen Form die Stimabgabe der einzelnen Abgeordneten zu entnehmen.

Der frühere Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und Vizepräsident des Reichstages, Siegfried von Karadorff, kommentiert an Leiter Stelle im "Berliner Tageblatt" (Nr. 442 vom 17. d. M.) den stenographischen Bericht nicht des obenstehenden zweiten Teiles, sondern des ersten Teiles der Reichstagsitzung vom 12. September und kommt dabei zu dem Schluss, daß der Reichstagspräsident Göring bei der Wiedereröffnung der Sitzung zunächst die Anträge Torglers, die Tagesordnung zu ändern, zur Abstimmung hätte bringen müssen. "Das tat er nicht, sondern er verband, ohne das Haus zu fragen, den ersten mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung, ohne sie beide vorher anzurufen, und brachte sie ohne weiteres zusammen zur Abstimmung. Während der Abstimmung stellte der Präsident durch Befragung des Abgeordneten Torgler fest, daß über die beiden Anträge Nr. 118 und 119, die sich auf die Notverordnungen bezogen, gemeinsam abzustimmen sei, und sagte dann: "Also wird gleichzeitig über das Misstrauensvotum auf Nr. 44 abgestimmt." Dieser modus procedendi muß als ungeheuerlich bezeichnet werden. Wäre der Reichstagspräsident Göring nach den Grundsätzen der Geschäftsordnung verfahren, wäre es niemals zu einer Abstimmung gekommen, denn bei Aufruf des jetzt ersten Gegenstandes der Tagesordnung hätte sich der Reichskanzler zum Wort melden und die Auflösungsvorber zur Verlesung bringen können."

Der Fall Daubmann.

Der gegenwärtig in Berlin weilende Heimkehrer Oskar Daubmann ist im Auswärtigen Amt den Geheimräten Krafft und Martius vorgestellt worden. Dabei wiesen sowohl Major Bumiller, Daubmanns ehemaliger Kommandeur, wie auch Dr. Givens von der

Reichsvereinigung darauf hin, daß sie das mit Daubmann aufgenommene Protokoll der Badischen Regierung noch einmal nachgeprüft und einen großen Teil der 25 unaufgeklärten Punkte des Protokolls richtiggestellt hätten. Beide Herren glaubten Daubmann, daß er die Wahrheit spreche, und wollten alles tun, um ihm zu helfen. Sie bat das Auswärtige Amt, der Französischen Regierung noch einmal mitzuteilen, daß sich Daubmann unter Gewährung freien Geleites zur Aufklärung seines Falles für eine Befreiung in Constantine (Algier) zur Verfügung stelle. Gleichzeitig wurde gebeten, auf die erste Mitteilung der Französischen Regierung, daß Daubmann niemals in der Zelle 102 gesessen habe, zu erwideren, daß hier infofern ein Irrtum vorliege, als Daubmann während seiner Gefangenschaft die Gefangenenummer 102 gehabt habe. Das Auswärtige Amt versprach Erfüllung dieser Bitte.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse, über die wir durch den "Berl. Lokal-Anz." näheres erfahren, wies zunächst Dr. Givens von der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener darauf hin, man sei zu der Überzeugung gekommen, daß Daubmann nicht als Kriegsgefangener, sondern als Strafgefangener von den französischen Behörden behandelt worden sei. Gerade in dieser Beziehung sei von einer Anzahl deutscher, ebenfalls in französischen Strafanstalten gewesener Gefangener mitgeteilt worden, es läge durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß solche Gefangene vom brieflichen Verkehr mit der Heimat, wie auch vom Verkehr mit anderen Gefangenen abgeschlossen würden. Major Bumiller erklärte, der Regimentsverband sehe in Daubmann ein Opfer der unglücklichen Zeitumstände und das erschütternde Beispiel eines Opfers französischer Aktenvermerke.

Daubmann selbst bat dann noch, ihm zu glauben, daß er die absolute Wahrheit spräche und daß ihn nicht materielle Interessen, sondern lediglich die Absicht der Wiederherstellung seiner soldatischen Ehre zur Aufklärung seines Falles veranlaßte. Wenn seine Eltern ihn nach der Rückkehr nicht gleich erkannt hätten, so weise er darauf hin, daß er als Neunzehnjähriger ins Feld gezogen und als Sechsunddreißigjähriger zurückgekehrt wäre. Seine Eltern hätten ihn schließlich an einer Narbe wiedererkannt.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener erklärte abschließend, daß manches an den Mitteilungen Daubmanns noch unklar erscheinen möge, daß jedoch allein schon die menschliche Anteilnahme an dem Schicksal eines Deutschen zu absoluter Aufklärung verpflichtet und daß positive Unterlagen für Unwahrheiten Daubmanns bisher nicht festzustellen gewesen wären.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einsäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die "Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

